

II-9446 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4767/J

1989 -12- 15

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger, Strobl
und Genossen

an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst
betreffend Errichtung zahnärztlicher Schlichtungsstellen

Aus der Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage 3810/J
geht hervor, daß im Oktober 1988 eine Besprechung beim damaligen
Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst Dr. Franz Löschnak
stattfand, an der neben Ressortvertretern u.a. auch Vertreter der Ärztekam-
mer und der Dentistenkammer teilnahmen.

Dabei wurde Einvernehmen darüber erzielt, auf Landes- und Bundesebene zahn-
ärztliche Schlichtungsstellen einzurichten. Deren Inanspruchnahme soll für
die Patienten unentgeltlich sein, wobei anfallende Gutachterkosten von der
Ärztekammer zu tragen sind.

Darüberhinaus wurde die Schaffung bundeseinheitlicher Honorarrichtlinien
vereinbart.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Gesund-
heit und öffentlicher Dienst nachstehende

A n f r a g e :

1. Sind die in Aussicht genommenen zahnärztlichen Schlichtungsstellen mitt-
lerweile sowohl in allen Bundesländern, als auch auf Bundesebene instal-
liert?

- 2 -

2. Wenn ja, wieviele Patienten nahmen diese Schlichtungsstellen bisher in Anspruch?
3. Welcherart sind die Probleme, mit denen diese Einrichtungen bisher befaßt wurden?
4. Liegen die ebenfalls vereinbarten bundeseinheitlichen Honorarrichtlinien bereits vor?
5. In welcher Weise werden diese Richtlinien den Patienten nützlich sein?